

N i e d e r s c h r i f t

**der 15. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 17.11.2010**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:03 Uhr bis 17:48 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	Teilnahme für Herrn Bönisch
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Gerry Kley	FDP	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme ab 16:20 Uhr
Herr Egbert Geier	Beigeordneter	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	
Frau Annemarie Kraft	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Bernhard Bönisch	CDU
Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister

Gast zu TOP 6.1:

Herr Roland Hildebrandt	CDU
-------------------------	-----

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 15. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- TOP 5.1 Feststellung der Jahresrechnung 2009 und Entlastung der Oberbürgermeisterin
Vorlage: V/2010/09152
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.2 Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: V/2010/09212
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.3 Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: V/2010/09213
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.5 Grundsatz- und Baubeschluss zur EU-Schulbauförderung (EFRE) 2007 - 2013 für die Schulstandorte Integrierte Gesamtschule Halle, Sekundarschule "Johann Christian Reil" und Grundschule Am Heiderand.
Vorlage: V/2010/09257
gleiche Voten in den Fachausschüssen
Darüber hinaus liegt hierzu ein Austauschblatt vor. Die Verwaltung hat den Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM übernommen.
- TOP 5.6 Mitteilung des Landesrechnungshofes vom 02.03.2010 über die Prüfung der öffentlichen Förderung des Eine-Welt-Haus Halle e.V. sowie der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Zuwendungsempfängers gemäß § 91 Abs. 2 LHO
Vorlage: V/2010/08816
im Ausschuss für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 16.11.2010 zurückgestellt

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass die Tagesordnungspunkte

- 5.4 Gebietsänderungsvertrag zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadt Landsberg
Vorlage: V/2010/09127

5.7 Beschluss zur Klage der Stadt Halle (Saale) gegen die Errichtung eines
Factory Outlet Centers in Wiedemar
Vorlage: V/2010/09296

aufgrund des § 26 (2) GO LSA in der heutigen Hauptausschusssitzung behandelt werden.

Weiterhin liegen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

zu 5.4 Gebietsänderungsvertrag zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadt
Landsberg
Vorlage: V/2010/09127

Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Gebietsänderungsvertrag
zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadt Landsberg
Vorlage: V/2010/09350

Herr Krause, SPD-Fraktion, fragte nach dem Sachstandsbericht des Eigenbetriebes ZGM entsprechend seiner Bitte im gestrigen Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados kündigte an, unter dem TOP Mitteilungen sowohl Ausführungen zum EB ZGM als auch zur Singschule, zum Winterdienst und Weihnachtsmarkt zu machen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, schlug vor, dass die Verwaltung in der kommenden Stadtratssitzung oder in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften im Dezember einen fundierten Sachstandsbericht zum EB ZGM vorlege. Einen allgemeinen mündlichen Bericht in der heutigen Hauptausschusssitzung halte er für nicht zweckmäßig.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass sie in der heutigen Hauptausschusssitzung über den Sachstand des EB ZGM informieren werde. Unabhängig davon erhalten die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zur nächsten Ausschusssitzung eine schriftliche Mitteilung.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, fragte nach der weiteren Verfahrensweise mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ausweisung einer Spielfläche im Glaucha-Viertel.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass dieser Antrag die gleiche Thematik beinhalte wie der in der heutigen Hauptausschusssitzung zu behandelnde TOP 6.1 und dazu vorliegende Änderungsantrag

Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur bedarfsgerechten Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet
Vorlage: V/2010/08798

Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur bedarfsgerechten Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet
Vorlage: V/2010/08843

In Anbetracht dessen schlug **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** vor, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die Tagesordnung der heutigen Hauptausschusssitzung zu nehmen und diesen gemeinsam mit dem TOP 6.1 zu beraten. Danach sollten beide Anträge in der Stadtratssitzung im Dezember abschließend beraten und abgestimmt werden.

Die **Hauptausschusssmitglieder** konnten dem Vorschlag von Frau Oberbürgermeisterin Szabados grundsätzlich zustimmen. Gleichzeitig wiesen sie aber darauf hin, dass die Aufnahme des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die Tagesordnung der heutigen Hauptausschusssitzung nicht möglich sei, da keine Dringlichkeit gegeben wäre.

Infolge dessen schlugen sie vor, den Antrag zum TOP 6.1 sowie den Änderungsantrag auf die Hauptausschusssitzung im Dezember zu vertagen, um diese dann gemeinsam mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beraten zu können.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados stimmte der Vertagung des TOP 6.1 einschließlich des Änderungsantrages nicht zu und begründete dies. In der heutigen Hauptausschusssitzung sollten die bestehenden Unklarheiten hinsichtlich der Übernahme des Änderungsantrages durch Herrn Hildebrandt geklärt werden.

Es wurde sich darauf verständigt, den Antrag zum TOP 6.1 sowie den Änderungsantrag in der heutigen Hauptausschusssitzung zu behandeln und diese dann gemeinsam mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Stadtratssitzung im Dezember zu beraten.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte nach den Gründen, weshalb der Antrag seiner Fraktion zur Fraktionsfinanzierung weder auf der Tagesordnung der heutigen Hauptausschusssitzung noch auf der Tagesordnung der kommenden Stadtratssitzung aufgeführt sei.

Seine Fraktion habe den Antrag aufgrund des eingebrachten Vorschlages zur Fraktionsfinanzierung durch die Verwaltung lediglich zurückgestellt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat Herrn Dr. Meerheim um Entschuldigung. Hier liege ein unabsichtliches Verschulden der Verwaltung vor. Sie sagte zu, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Dezember sowohl auf die Tagesordnung des Hauptausschusses als auch des Stadtrates gesetzt werde.

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte in dem Zusammenhang nach dem Termin der durch die Verwaltung angekündigten Beratung zur Fraktionsfinanzierung mit den Fraktionsvorsitzenden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados kündigte an, dass Herr Beigeordneter Geier unter dem TOP Mitteilungen dazu informieren werde.

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 20.10.2010
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 20.10.2010 gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1 *Feststellung der Jahresrechnung 2009 und Entlastung der Oberbürgermeisterin*
Vorlage: V/2010/09152 abgesetzt
 - 5.2 *Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)*
Vorlage: V/2010/09212 abgesetzt
 - 5.3 *Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)*
Vorlage: V/2010/09213 abgesetzt
 - 5.4 Gebietsänderungsvertrag zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadt Landsberg
Vorlage: V/2010/09127
 - 5.4.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Gebietsänderungsvertrag zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadt Landsberg
Vorlage: V/2010/09350
 - 5.5 *Grundsatz- und Baubeschluss zur EU-Schulbauförderung (EFRE) 2007 - 2013 für die Schulstandorte Integrierte Gesamtschule Halle, Sekundarschule "Johann Christian Reil" und Grundschule Am Heiderand.*
Vorlage: V/2010/09257 abgesetzt
 - 5.6 *Mitteilung des Landesrechnungshofes vom 02.03.2010 über die Prüfung der öffentlichen Förderung des Eine-Welt-Haus Halle e. V. sowie der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Zuwendungsempfängers gemäß § 91 Abs. 2 LHO*
Vorlage: V/2010/08816 abgesetzt
 - 5.7 Beschluss zur Klage der Stadt Halle (Saale) gegen die Errichtung eines Factory Outlet Centers in Wiedemar
Vorlage: V/2010/09296
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur bedarfsgerechten Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet
Vorlage: V/2010/08798
 - 6.1.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur bedarfsgerechten Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet
Vorlage: V/2010/08843
7. schriftliche Anfragen von Stadträten

- 8. Mitteilungen
- 8.1 Stand Umsetzung Konjunkturpaket II
- 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 20.10.2010

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 14. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 20.10.2010.

Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die öffentliche Niederschrift der Sitzung vom 20.10.2010.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 20.10.2010 gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.4 Gebietsänderungsvertrag zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadt Landsberg Vorlage: V/2010/09127

zu 5.4.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Gebietsänderungsvertrag zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadt Landsberg Vorlage: V/2010/09350

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass sie sehr erfreut darüber sei, dass die Stadt Halle gemeinsam mit der Stadt Landsberg und der Kommunalaufsicht Einvernehmen zur Gebietsänderung erzielen konnte. Dies sei für die Stadt Halle wichtig, um das Industriegebiet entsprechend vermarkten zu können.

Die in den Fachausschüssen offenen Fragen konnten geklärt werden und wurden in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beantwortet.

Herr Kley, FDP-Fraktion, bat eingangs um Mitteilung der gestrigen Ausführungen im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften in Bezug auf die Fragen zur Grunderwerbssteuer, Anrechnung des Kredites hinsichtlich des Rahmens für Kreditermächtigungen usw.

Anschließend nannte **Herr Kley** die Gründe für die Einbringung des Änderungsantrages seiner Fraktion. Damit soll sichergestellt werden, dass das Land die Verbindlichkeiten der Stadt Landsberg vollständig übernehme und dementsprechend auch die Fragen der Eintragung des Kredites eindeutig geregelt werden.

Dies ginge aus der Vorlage der Verwaltung seines Erachtens nicht eindeutig hervor. Demnach sei es möglich, dass das Land lediglich die Zinsen übernehme und die Schulden letzten Endes die Stadt Halle zu tragen habe.

Darüber hinaus liegen keine verbindlichen Schreiben des Landes in Bezug auf die Übernahme der Schulden und des Finanzamtes zur Frage der Grunderwerbssteuer vor.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete, dass die Übernahme des Schuldendienstes durch das Land eindeutig im Gebietsänderungsvertrag geregelt wäre. Zudem gebe es die mündliche Zusage des Finanzamtes, dass ein Eigentumsübergang von einer Gemeinde in eine andere nicht grunderwerbssteuerpflichtig sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados brachte zum Ausdruck, dass sie den Gebietsänderungsvertrag nicht abschließen werde, solange die Übernahme der Schulden durch das Land nicht geklärt sei.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, machte Ausführungen zu den bisher nicht verkauften Grundstücken, welche an die Stadt Halle übergehen. Diese haben ein Verwertungspotenzial von ca. 6 Mio. €. Für einige dieser gebe es bereits Interessenten. Die Gewerbesteuererinnahmen dafür erhalte die Stadt Halle anstatt bisher zu 2/3 dann in vollem Umfang.

Anschließend ging **Herr Beigeordneter Neumann** auf den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ein und erklärte, dass er diesem nicht zustimmen könne. Der Gebietsänderungsvertrag sei zwischen der Stadt Halle, der Stadt Landsberg und dem Saalekreis abgestimmt. Diesem wurde in gleichem Wortlaut durch den Gemeinderat der Stadt Landsberg und den Kreistag des Saalekreises zugestimmt. Sollten entsprechend des Änderungsantrages der FDP-Fraktion Änderungen erfolgen, müssten diese erneut durch den Gemeinderat der Stadt Landsberg und den Kreistag des Saalekreises beschlossen werden.

Nach Beschlussfassung in den drei Gremien, so **Herr Beigeordneter Neumann** weiter, werde man gemeinsam mit dem Land die Modalitäten für die vollständige Übernahme der Verbindlichkeiten abstimmen. Sollte keine übereinstimmende Lösung erzielt werden können, komme kein Abschluss des Gebietsänderungsvertrages zustande.

Herr Kley, FDP-Fraktion, erklärte sich mit den Ausführungen der Verwaltung nicht zufrieden. Seines Erachtens wären die Übernahme der Verbindlichkeiten sowie die Frage der Grunderwerbssteuer weiterhin unklar.

Daraufhin sicherte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** ausdrücklich zu, dass die Verwaltung den Gebietsänderungsvertrag erst dann abschließen werde, wenn eine verbindliche Zusage zur vollständigen Übernahme der Verbindlichkeiten durch das Land erfolgt sei und keine weiteren Risiken - im Hinblick auf die Frage der Grunderwerbssteuer - für die Stadt Halle bestünden.

Darüber hinaus erklärte sich **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bereit, vor Vertragsunterzeichnung den Stadtrat über den Stand der Verhandlungen zu informieren.

Aufgrund der Aussagen von Frau Oberbürgermeisterin Szabados zog **Herr Kley, FDP-Fraktion**, den Änderungsantrag seiner Fraktion zurück.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der Vorlage.

**zu 5.4.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Gebietsänderungsvertrag zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadt Landsberg
Vorlage: V/2010/09350**

Beschlussvorschlag:

Die Beschlussvorlage: Gebietsänderungsvertrag zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadt Landsberg (V/2010/09127) wird um einen Punkt 3 ergänzt:

- 3. Der § 7 Satz 5 des Gebietsänderungsvertrages zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadt Landsberg wird korrigiert:*

*„Der Vertrag steht weiter unter der aufschiebenden Bedingung, dass das Land Sachsen-Anhalt ~~den Schuldendienst aus den~~ die auf die Stadt Halle (Saale) gemäß § 4 dieses Vertrages übergehenden Verbindlichkeiten **vollständig** übernimmt.“*

Abstimmungsergebnis:

**zurückgezogen
durch Antragsteller**

**zu 5.4 Gebietsänderungsvertrag zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadt Landsberg
Vorlage: V/2010/09127**

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Stadtrat beschließt, dass die Gebietsteile der Stadt Landsberg an dem Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A14 (B-Plan Nr. 1 des Planungsverbandes Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A14) und das auf dem Gebiet der Stadt Landsberg liegende Gewerbe- und Industriegebiet Halle-Ost (B-Plan Nr. 3 „Gewerbegebiet II“) in die Stadt Halle umgegliedert werden sollen.*
- 2. Der Stadtrat stimmt dem Abschluss des Gebietsänderungsvertrages mit der Stadt Landsberg zu. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, alle zur Durchführung der Gebietsänderung erforderlichen Erklärungen abzugeben und Verträge zu schließen.*

Abstimmungsergebnis:

**einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung**

zu 5.7 Beschluss zur Klage der Stadt Halle (Saale) gegen die Errichtung eines Factory Outlet Centers in Wiedemar
Vorlage: V/2010/09296

Es gab keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, dass die Stadt Halle (Saale) gegen die baurechtlichen Entscheidungen des Landratsamtes Nordsachsen vom 03.04.2009 und vom 22.10.2009 bezüglich der Genehmigungen zur Errichtung eines Factory Outlet Centers einschließlich Werbeanlagen und eines Parkhauses mit Einzelhandelsflächen in Wiedemar Klage erhebt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur bedarfsgerechten Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet
Vorlage: V/2010/08798

zu 6.1.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur bedarfsgerechten Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet
Vorlage: V/2010/08843

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, bat um Zustimmung zu seinem Antrag und informierte über das Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen.

Anschließend ging **Herr Hildebrandt** auf den Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein. Dieser wäre eine Ergänzung und wurde durch seine Fraktion im Jugendhilfeausschuss übernommen. Aufgrund dessen habe er seinen Antrag entsprechend geändert, so dass damit dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion entsprochen werde.

Frau Ewert, SPD-Fraktion, stimmte den Ausführungen von Herrn Hildebrandt zu und zog den Änderungsantrag ihrer Fraktion zurück.

Frau Oberbürgermeisterin Szbadados bezog sich in dem Zusammenhang auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ausweisung einer Spielfläche im Glaucha-Viertel, welcher die gleiche Thematik beinhalte. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe in einem Schreiben ihre Verärgerung zum Ausdruck gebracht, dass ihr Antrag nicht ordnungsgemäß auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung im November aufgeführt war.

Frau Oberbürgermeisterin Szbadados stellte entsprechend des TOP 2 - Feststellung der Tagesordnung nochmals die Gründe dafür dar und weshalb dieser erst in der Stadtratssitzung im Dezember beraten werden solle.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden. Zudem merkte er an, dass das Schreiben seiner Fraktion auf die Einhaltung der vorgeschriebenen Richtlinien hinweisen sollte und Abweichungen davon mit der entsprechenden Fraktion vorher abgestimmt werden sollten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung des Antrages.

zu 6.1.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur bedarfsgerechten Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet
Vorlage: V/2010/08843

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. *In Zeile 1 des Beschlussvorschlags wird „gleichmäßige“ durch „bedarfsgerechte“ ersetzt.*
2. *„Dabei sind folgende Kriterien anzulegen:“ wird ersetzt durch „Die Stadtverwaltung legt eine Aktualisierung der 2006 beschlossenen Spielflächenkonzeption (IV/2005/05176) bis zur Stadtratssitzung im August 2010 vor. Dabei soll:*
 - a) *ein Bericht zum Stand der Umsetzung der Ziele des Konzepts von 2006 enthalten sein sowie eine Analyse der Veränderung des Bedarfs in den einzelnen Sozialräumen seit 2006 einbezogen werden,*
 - b) *diese Bedarfsbetrachtung altersgruppenspezifisch (0-6 Jahre, 6-10 Jahre, 10-16 Jahre) angelegt sein,*
 - c) *dargestellt werden, wann die Unterversorgung in den einzelnen Stadtteilen abgebaut werden soll.“*
4. *Punkt b) des Antrages wird als Punkt g) an den neuen Text angefügt.*
5. *Es wird ein Punkt 2. mit folgendem Wortlaut angefügt. „Die Verwaltung wird beauftragt, im Herbst 2010 einen Bericht zum Zustand und zur Frequentierung der vorhandenen Spielplätze im Stadtgebiet vorzulegen, der die Arbeit der „Spielplatzplatzdetektive“ des Kinder- und Jugendrates einbezieht.“*

Abstimmungsergebnis:

**zurückgezogen
durch Antragsteller**

zu 6.1 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur bedarfsgerechten Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet
Vorlage: V/2010/08798

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für eine bedarfsgerechte Verteilung von Spielplätzen in allen Stadtteilen von Halle zu sorgen. Dabei sind folgende Kriterien anzulegen:

1. Die Stadtverwaltung legt eine Aktualisierung der 2006 beschlossenen Spielflächenkonzeption (**IV/2005/05176**) bis zur Stadtratssitzung im **Juni 2011** vor. Dabei soll Berücksichtigung finden:
 - a) Ein Bericht zum Stand der Umsetzung der Ziele des Konzepts von 2006 sowie eine Analyse der Veränderung des Bedarfs in den einzelnen Sozialräumen seit 2006 einbezogen wird.
 - b) Diese Bedarfsbetrachtung wird altersgruppenspezifisch (0-6 Jahre, 6-10 Jahre, 10-16 Jahre) angelegt.
2. In dieser Spielflächenkonzeption legt die Stadtverwaltung dar, wann und wie die bestehende Unterversorgung in den priorisierten Stadtteilen abgebaut werden soll.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, im **März 2011** einen Bericht zum Zustand und zur Frequentierung der vorhandenen Spielplätze im Stadtgebiet vorzulegen, der die Arbeit der „Spielplatzplatzdetektive“ des Kinder- und Jugendrates einbezieht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Stand Umsetzung Konjunkturpaket II

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

weitere Mitteilungen:

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte in Bezug auf den zur Stadtratssitzung im November eingebrachten Antrag des Kulturausschusses zur Singschule mit, dass der bestehende Vertrag seitens der Verwaltung geprüft wurde.

Die Vertragslaufzeit ende am 31.12.2011, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Eine frühere Beendigung des Vertragsverhältnisses sei nicht möglich, da diese einer Frist von 6 Monaten zum Ende eines Kalenderjahres bedarf.

Allerdings bestünde entsprechend des Vertrages ein einseitiges Optionsrecht. Dieses habe die Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ in Anspruch genommen, so dass bis zum 30.06.2011 die Vertragsverhandlungen zu einer eventuellen Verlängerung der Vertragslaufzeit abgeschlossen sein müssen und dem Stadtrat ein entsprechender Vorschlag vorzulegen wäre.

Sie gehe davon aus, dass die Verwaltung bereits im I. Quartal 2011 über die Verhandlungsergebnisse informieren könne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte weiterhin mit, dass der Weihnachtsmarkt bereits am 23.11.2010, 15:00 Uhr offiziell durch sie mit dem Anschalten der Lichterkette des Weihnachtsbaums eröffnet werde. Dazu lud sie alle Stadträte recht herzlich ein. Die Glühweinhändler und möglicherweise weitere Händler werden ihre Stände bereits an diesem Tag öffnen. Alle anderen Händler öffnen ihre Stände am 24.11. ab 11:00 Uhr.

Von der ursprünglich vorgesehenen Eröffnung des Weihnachtsmarktes am 24.11.2010 während der Stadtratssitzung habe man aufgrund verschiedener Hinweise abgesehen.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, merkte an, dass er an der Eröffnung teilnehmen werde. Gleichzeitig machte er darauf aufmerksam, dass man sich nach dem Totensonntag in einer „stillen Woche“ befinde und den Zeitpunkt der Eröffnung des Weihnachtsmarktes im nächsten Jahr überdenken sollte.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados schloss sich den Ausführungen von Herrn Bartl an. Im Jahr 2011 werde man versuchen, den Weihnachtsmarkt zum Ende der „stillen Woche“ zu eröffnen.

Weiterhin bezog sich **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** auf einen Artikel in der MZ zum Winterdienst und widersprach den dort gemachten Ausführungen ausdrücklich. In dem Zusammenhang wurde eine schriftliche Information an die Hauptausschussmitglieder ausgehändigt.

Anhand dieser Information erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** die eingeleiteten Maßnahmen der Verwaltung zum diesjährigen Winterdienst. Die Verwaltung gehe davon aus, dass damit die Probleme des letzten Winters nicht erneut auftreten und der Winterdienst ordnungsgemäß erfolgen könne.

Herr Krause, SPD-Fraktion, erinnerte daran, dass im letzten Jahr die Beräumung von Nebenstraßen innerhalb von Wohngebieten nicht ordnungsgemäß erfolgte. Er fragte, ob dies in dem diesjährigen Budget in Höhe von 1,3 Mio. € einkalkuliert wurde. Weiterhin fragte er, inwieweit die im Haushalt eingestellten Mittel bei Bedarf erhöht werden können.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bezog sich auf die ausgeführten personellen Kapazitäten. Danach sollen bei der Halleschen Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) über den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung Praktikanten eingesetzt werden. Er fragte, ob die entsprechenden Personen ein unentgeltliches Praktikum absolvieren sowie nach dem Nutzen für die Praktikanten.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., merkte dazu an, dass durch den Einsatz von Praktikanten Personen für eine Tätigkeit eingesetzt werden, welche ansonsten eine Firma ausführe. Damit entziehe man dem Arbeitsmarkt einen Auftrag.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete auf die Frage von Herrn Krause, dass sich die Verwaltung bei der Einstellung der Mittel in Höhe von 1,3 Mio. € an einem normalen Winterverlauf orientiert habe. Es werde davon ausgegangen, dass diese trotz der vergrößerten Fläche im Räumplan ausreichend seien.

Sollten dennoch weitere finanzielle Mittel, z. B. durch Gefahr im Verzuge, erforderlich sein, werden selbstverständlich entsprechende Veränderungen im Haushalt vorgenommen. Der Winterdienst sei eine Pflichtaufgabe und werde für die Bürger der Stadt Halle auch sichergestellt.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Lange und Herrn Dr. Meerheim und machte deutlich, dass Praktika innerhalb bestimmter Maßnahmen üblich seien.

Die Maßnahmen werden bei der Arbeitsagentur beantragt und die Praktikanten nach Genehmigung in den entsprechenden Unternehmen eingesetzt, so dass kein Risiko bestünde, dass der erste Arbeitsmarkt dadurch beschädigt werde. Die Finanzierung der Maßnahme wäre unabhängig von der HWS, sondern werde über die Arbeitsagentur sichergestellt.

Der Einsatz von Praktikanten erfolgte auch im letzten Jahr bei der HWS und habe den Vorteil, dass im Anschluss der Maßnahme Mitarbeiter eingestellt wurden.

In dem Zusammenhang informierte **Herr Beigeordneter Neumann** aufgrund der Diskussionen in der Presse über die Thematik der 1-€-Jobs. Die kritisierte Verfahrensweise betreffe nicht die Stadt Halle. Über die einzelnen Maßnahmen entscheide das zuständige Gremium, in welchem die Kreishandwerkerschaft, die IHK, die Arbeitsagentur, die ARGE und die Stadt Halle vertreten seien.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados schloss sich den Ausführungen von Herrn Beigeordneten Neumann ausdrücklich an und brachte zum Ausdruck, dass arbeitsmarktpolitisch keine Probleme vorhanden seien. Die Praktikumsmaßnahmen wurden ordnungsgemäß beantragt und genehmigt und werden ebenso in anderen Bereichen durchgeführt.

Die Verwaltung habe aufgrund der städtischen Finanzsituation und der pflichtgemäßen Erfüllung die Organisation des Winterdienstes frühzeitig optimiert. Dies könne man der Verwaltung nicht zum Vorwurf machen. Anschließend merkte sie an, dass in Ausnahmesituationen, wie z. B. im letzten Winter, auch die Mitarbeiter der Stadtverwaltung bei der Erfüllung der Winterdienstleistungen behilflich seien.

Darüber hinaus, so **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** weiter, sei im letzten Jahr eine Vielzahl von Anliegern ihren Pflichten nicht nachgekommen. Dies wäre ein Hauptproblem gewesen, welches in diesem Jahr durch verschiedene Hinweise an die Bevölkerung, wie z. B. im Amtsblatt, behoben werden soll. Dabei bat sie die Stadtratsmitglieder um Unterstützung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte zum Stand Umstrukturierung des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement (EB ZGM) folgendes mit:

Entsprechend der Grundsatzbeschlüsse zum EB ZGM wurde sich bereits auf die geplanten Maßnahmen zur Umstrukturierung und Optimierung für das Jahr 2010/2011 verständigt. Die Ausgliederung des Hauptamtes wurde zum 15.09.2010 vorgenommen.

Zum Zeitpunkt der Beschlüsse zum EB ZGM sei die Verwaltung davon ausgegangen, den doppischen Haushalt im Jahr 2011 einführen zu können. Seitens der Verwaltung wurde erklärt, weshalb dies aber nicht möglich wäre. Die Einführung des doppischen Haushaltes sei jetzt für das Jahr 2012 vorgesehen.

Die Bereiche des EB ZGM führen bereits einen doppischen Haushalt. Die Eingliederung in die Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt und damit die Umstellung auf die Kameralistik für ein Jahr sei nicht zielführend. Aus diesem Grund werde die Auflösung des EB ZGM in entsprechende Ämterstrukturen zum Jahresende 2011 vorbereitet.

Das aufwändige Mieter-/Vermietermodell des EB ZGM werde ab dem 01.01.2011 nicht mehr durchgeführt. Hierfür werde ein Zuschuss für die Miete, Betriebskosten und Reinigung in die einzelnen Haushaltstellen eingestellt.

Der Wirtschaftsplan des EB ZGM für das Jahr 2011 werde im Dezember in die entsprechenden Fachausschüsse und den Stadtrat eingebracht. Ein detaillierter Bericht zur Umstrukturierung des EB ZGM werde ebenfalls im Dezember erfolgen.

Derzeit sei im Rahmen der Optimierung von Gebäudedienstleistungen auch in Verbindung mit kommunalen Unternehmen (Shared Services) in Prüfung, ob die Einrichtungen des EB KITA mit dem entsprechenden Personal sowie die Hausmeister, welche momentan noch dem EB ZGM unterstellt seien, zum Schuljahreswechsel 2011/2012 in die vorgesehene Anstalt öffentlichen Rechts - kommunale Bildungs- und Betreuungseinrichtungen übergehen. Auch wäre eine Erweiterung auf die Bewirtschaftung der Schulen und Schulturnhallen denkbar.

An der nachfolgenden Diskussion beteiligten sich **Herr Krause, Herr Lange, Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Frau Nagel, Frau Dr. Bergner, Herr Beigeordneter Kogge, Herr Beigeordneter Neumann** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

Herr Krause, SPD-Fraktion, und Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bezogen sich auf die Ausführungen von Frau Oberbürgermeisterin Szabados zur Anstalt des öffentlichen Rechts und fragten nach dem Zweck dieser.

Herr Lange machte deutlich, dass der Zweck der Anstalt zur Umwandlung des EB KITA entsprechend der eingebrachten Vorlage für die Stadtratssitzung im November berücksichtigt werden müsse. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass dieser in den Fachausschüssen bisher nicht in der Form dargestellt wurde.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, brachte zum Ausdruck, dass seines Erachtens nicht die Auflösung, sondern eine Optimierung bzw. Restrukturierung des EB ZGM auf Grundlage eines Gutachtens durch den Stadtrat beschlossen wurde und bat um Klärung.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte in Bezug auf die Abschaffung des Mieter-/Vermietermodells nach der Aufteilung des vorgesehenen Zuschusses.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass der Zweck der Anstalt entsprechend der Vorlage gedeckt sei. Weiterhin informierte sie darüber, dass aufgrund von Nachfragen seitens des Landesverwaltungsamtes die Vorlage nicht in der Stadtratssitzung im Oktober behandelt werden konnte. Die Fragen konnten durch die Verwaltung beantwortet werden, so dass die Beratung zur Umwandlung des EB KITA in der kommenden Stadtratssitzung erfolgen könne.

Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Wolter entgegnete **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** mit, dass die Verwaltung die gefassten Beschlüsse zum EB ZGM nochmals vorlegen werde.

Bezüglich der Frage von Herrn Dr. Meerheim ging **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** nochmals auf die allgemeinen Gründe für die Aufhebung des Mieter-/Vermietermodells ein. Ziel sei es, mehr Mittel für die Instandhaltung einzusetzen.

Die Aufteilung des Zuschusses, so **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** weiter, sei im Wirtschaftsplan enthalten. Danach sollen für Instandhaltungen, Personalkosten und Investitionen Zuschüsse gewährt werden.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, erläuterte den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Umwandlung des EB KITA in eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Damit soll das Eigentum an den Kindertageseinrichtungen in die Anstalt öffentlichen Rechts übergehen.

Weitere vertragliche Dienstleistungen dieser Anstalt, wie z. B. die Bewirtschaftung von Schulen und Schulturnhallen, müssen separat diskutiert und können auf Grundlage des Anstaltsrechts beschlossen werden. Dies wäre allerdings nicht in der Beschlussfassung zur Umwandlung des EB KITA enthalten.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass über mehrere Haushaltsjahre hinweg über die Entwicklung der Betriebskosten jeder einzelnen Schule in den Ausschüssen aufgrund von Haushaltswahrheit und -klarheit diskutiert wurde. Dies soll entsprechend der Mitteilung der Oberbürgermeisterin jetzt wegfallen.

Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE., und **Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, stimmten den Ausführungen von Herrn Lange zu.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass aufgrund einer Stadtratsanfrage im Rahmen der Kosten-Leistungsrechnung dargestellt wurde, wie die Kosten pro Schule detailliert aufgezeigt werden können. Dies sei in den Unterabschnitten entsprechend dokumentiert und würde auch bei Realisierung der von Frau Oberbürgermeisterin Szabados aufgezeigten Veränderungsüberlegungen so bleiben.

Hinsichtlich der Fragen und Ausführungen zur Anstalt des öffentlichen Rechts informierte **Herr Beigeordneter Kogge** über die weiteren konzeptionellen Vorstellungen der Verwaltung.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, bezog sich auf die verständigte Verfahrensweise zur Fraktionsfinanzierung und erinnerte dabei an seine Ausführungen in der Hauptausschusssitzung im Oktober. In dieser Sitzung wurde der dazu eingebrachte Antrag der Fraktion DIE LINKE. seines Erachtens zurückgezogen

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., und **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, widersprachen Herrn Geier. Der Antrag wurde durch die Fraktion DIE LINKE. lediglich zurückgestellt, da man sich vorerst zu den Vorschlägen der Verwaltung zur Fraktionsfinanzierung innerhalb der Fraktion verständigen wollte.

Daraufhin legte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** fest, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE. in der Stadtratssitzung im Dezember beraten werde und im Vorfeld dazu ein Gespräch mit Herrn Beigeordneten Geier und den Fraktionsvorsitzenden stattfinde.

Herr Kley, FDP-Fraktion, wies darauf hin, dass bei Zustimmung der Vorschläge der Verwaltung bzw. des Antrages der Fraktion DIE LINKE. der Personalbestand seiner Fraktion nicht mehr zu halten wäre.

Zu Beginn der Legislaturperiode wurde zur Fraktionsfinanzierung eine Entscheidung getroffen. Seines Erachtens sehe er keine Notwendigkeit, diese zu revidieren.

Herr Beigeordneter Geier schlug vor, diese Problematik im Rahmen des stattfindenden Gesprächstermins mit den Fraktionsvorsitzenden zu diskutieren.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Krause, SPD-Fraktion, fragte nach dem Stand Umzug der Fraktionen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte zu, in der Stadtratssitzung am 24.11.2010 unter dem TOP Mitteilungen dazu Ausführungen zu machen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bezog sich auf die Vorlage zur Umwandlung des EB KITA in eine Anstalt des öffentlichen Rechts und fragte nach einer verbindlichen Aussage des Finanzamtes, dass dabei keine steuerliche Belastung auf die Stadt Halle zukomme. Anderenfalls könne seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass sie zum jetzigen Zeitpunkt dazu keine Aussage treffen könne, da noch keine Auswertung des dazu heute stattgefundenen Gesprächs zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadtverwaltung erfolgt sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, sagte eine schriftliche Beantwortung über das Ergebnis des Gesprächstermins beim Landesverwaltungsamt zu. Gleichzeitig informierte er darüber, dass eine verbindliche Aussage des Finanzamtes einer möglichen steuerlichen Belastung für die Stadt Halle bisher nicht vorliege.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., bestand auf eine verbindliche Stellungnahme des Finanzamtes. Seines Erachtens bestünde ansonsten ein zu hohes Risiko für die Stadt Halle.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, verwies auf frühere Diskussionen zur Theater, Oper und Orchester GmbH. Hierbei hatte Herr Stadtrat Knöchel deutlich gemacht, dass selbst bei einer verbindlichen schriftlichen Auskunft des Finanzamtes später keine Ansprüche im Falle einer Änderung dieser bestünden. Des Risikos müsse man sich bewusst sein und auf dieser Grundlage einen Beschluss fassen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados brachte zum Ausdruck, dass die Verwaltung gemeinsam mit der BMA bis zur Stadtratssitzung versuchen werde, diese Problematik so weit wie möglich zu klären.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bezog sich auf das zu entrichtende Entgelt der Schulen für den Schwimmunterricht an die Bäder GmbH und äußerte sich mit folgenden Fragen:

Sind davon sowohl die freien wie auch die städtischen Schulen betroffen?

Erfolgt eine Ausgleichszahlung durch die Stadtverwaltung anhand des Runderlasses des Ministeriums zur Gewährleistung einer kostenfreien Durchführung von Schwimmunterricht für die Schüler? Wenn ja, wie ist die Verfahrensweise - erfolgt eine automatische Erstattung des Entgeltes durch die Verwaltung oder auf Antrag der Schulen?

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, sagte eine schriftliche Beantwortung bis zur Stadtratssitzung zu. Darüber hinaus merkte er an, dass die Schulen dazu bereits konkrete Auskünfte erhalten haben.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bezog sich auf eine Anzeige in der MZ zu Dienstsiegeln und Münzen der Stadt Halle. Dort sei aufgeführt: „Mit freundlicher Unterstützung des Stadtarchivs Halle“. Er fragte nach der Finanzierung dieser Anzeige.

Frau Schmidt, Leiterin Büro OB, erklärte, dass die Werbeabteilung der MZ auf das Stadtarchiv zugegangen sei und ein Angebot unterbreitet habe. Finanziert werde die Anzeige über ein Autohaus. Aufgrund dessen können die Veröffentlichungen seitens des Stadtarchivs erfolgen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, fügte hinzu, dass der Werbepartner durch die MZ ausgesucht werde. Die Stadt Halle habe dadurch keinerlei Einnahmen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados merkte an, dass sie diese Art der Veröffentlichung der halleschen Stadtgeschichte sehr begrüße. Da dabei die MZ den entsprechenden Werbepartner bestimme, bestünden ihres Erachtens hierbei auch keine Bedenken.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte nach dem Fuhrparkkonzept des Eigenbetriebs ZGM.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, erklärte, dass der Fuhrpark in das Hauptamt übergegangen sei und das Konzept im Zusammenhang mit der Shared-Services-Betrachtung überarbeitet werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados ergänzte, dass im Rahmen der Shared-Services gemeinsam mit den kommunalen Unternehmen nach Möglichkeiten zur Schaffung von Synergien u. a. für die Bereiche Telekommunikation, Fuhrpark, Einkauf gesucht werde.

Im Ergebnis dessen werde die Verwaltung zum gegebenen Zeitpunkt ein aktualisiertes Konzept vorlegen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte nach dem aktuellen Stand zur Ausschreibung Solbad Wittekind.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, antwortete, dass die Abstimmung innerhalb der Verwaltung abgeschlossen sei. Dabei konnten auch die Probleme in Bezug auf Grundbucheintragungen sowie die Rechtsstreitigkeiten geklärt werden. Darüber hinaus habe man Rahmenbedingungen für eine zukünftige Nutzung festgelegt, so dass spätestens im Januar 2011 die Ausschreibung erfolge.

Abschließend merkte **Herr Beigeordneter Neumann** an, dass mehrere Interessenbekundungen von Dritten vorliegen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte nach den Möglichkeiten für einen Investor auf dem Gelände in Bezug auf Denkmalschutz und Naturschutz.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, sagte eine Beantwortung im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados beendete die 15. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

A. Kraft
Protokollführerin